

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur

bm:uk

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0165-III/4a/2012

XXIV. GP.-NR
11506/AB

16. Juli 2012

zu 11713/J

Wien, 17. Juli 2012

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 11713/J-NR/2012 betreffend Schulabbrecherrate an AHS und BHS im Bezirk Innsbruck-Land, die die Abg. Dr. Walter Rosenkranz, Kolleginnen und Kollegen am 16. Mai 2012 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1, 8 und 15:

Dazu wird auf nachstehende Aufstellung hingewiesen:

Schülerinnen und Schüler in Tirol, Schuljahr 2010/11						
Schulbezirk	Schultyp	Schülerinnen und Schüler gesamt	darunter			
			weiblich	in %	nicht Deutsch ^{*)}	in %
Innsbruck(Land)	Allgemein bildende höhere Schulen	1.273	657	51,6%	94	7,4%
	Berufsbildende mittlere Schulen (ohne landw. Fachschulen)	383	209	54,6%	74	19,3%
	Berufsbildende höhere Schulen (inkl. BAKIP/BASOP)	1.051	541	51,5%	126	12,0%
*) Schülerinnen und Schüler mit einer anderen Angabe als Deutsch bei der erstgenannten Sprache beim Merkmal „im Alltag gebrauchte Sprache(n)“						
Quelle: Österreichische Schulstatistik - Bildungsdokumentation						

Zu Fragen 2 bis 7, 9 bis 14 sowie 16 bis 21:

Da für das Schuljahr 2010/11 derzeit noch keine Schulerfolgsdaten zur Verfügung stehen – diese werden gemeinsam mit den Daten zu den laufenden Ausbildungen im Schuljahr 2011/12 erhoben und die Aufarbeitung der diesbezüglichen Datenmeldungen der Schulen ist bei der Bundesanstalt „Statistik Österreich“ noch in Arbeit – können derzeit keine statistische Auswertungen zur Verfügung gestellt werden. Hinsichtlich der Schulerfolgsdaten des laufenden Schuljahres 2011/12 gilt dies bezogen auf die Erhebungen für das künftige Schuljahr 2012/13 sinngemäß.

Auswertungen über den Schulerfolg im Schuljahr 2010/11 oder über die in Folge besuchten Ausbildungen bzw. den Schulerfolg im Schuljahr 2011/12 werden entsprechend den Erfahrungen der letzten Jahre von der Bundesanstalt erst in etwa einem halben Jahr bzw. eineinhalb Jahren angeboten werden können.

Die Bundesministerin:

